



Ausschreibung der «Gesamterneuerungswahl des Ständerats vom 22. Oktober 2023 (Amtsperiode 2024–2027)» im Zuger Amtsblatt vom 30. März 2023, 25. Mai 2023 und 27. Juli 2023

Gesamterneuerungswahl des Ständerats vom 22. Oktober 2023 (Amtsperiode 2024–2027)

1. Wahlausschreibung durch die Staatskanzlei

Gestützt auf § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1) schreibt die Staatskanzlei die Gesamterneuerungswahl des Ständerats vom 22. Oktober 2023 (Amtsperiode 2024–2027) aus.

Im Kanton Zug werden **zwei Abgeordnete** für den Ständerat gewählt (Art. 150 Abs. 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft [BV] vom 18. April 1999 [SR 101]).

Wahlkreis bildet der Kanton Zug (ein Wahlkreis).

Die Wahl findet im Majorzverfahren statt (§ 78 Abs. 1 Bst. a und Abs. 3 der Verfassung des Kantons Zug [Kantonsverfassung, KV] vom 31. Januar 1894 [BGS 111.1]).

2. Wahlsonntag

Die Gesamterneuerungswahl für den Ständerat findet am **Sonntag, 22. Oktober 2023**, an der Urne statt (vgl. § 30 Abs. 1 WAG in Verbindung mit Art. 19 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte [BPR] vom 17. Dezember 1976 [SR 161.1]).

Ein allfälliger zweiter Wahlgang für den Ständerat findet am **Sonntag, 19. November 2023**, statt (Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2023; vgl. **nachfolgend Ziff. 8**).

3. Stimmberechtigung (aktives und passives Wahlrecht)

Stimmberechtigt sind alle Kantonsbürgerinnen und -bürger und im Kanton gesetzlich niedergelassene Schweizer Bürgerinnen und Bürger, welche das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und im Stimmregister eingetragen sind (§ 27 Abs. 2 KV; § 4 WAG). Personen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden, haben kein Stimmrecht (§ 27 Abs. 3 KV).

Das Stimmrecht schliesst die Wählbarkeit ein, soweit das Gesetz keine besonderen Wählbarkeitserfordernisse aufstellt (§ 2 Abs. 2 WAG). Das Wahl- und Abstimmungsgesetz nennt für die Ständerratswahl keine besonderen Wählbarkeitserfordernisse im vorgenannten Sinne.

Die Stimmabgabe erfolgt am politischen Wohnsitz, nämlich in der Gemeinde, wo die oder der Stimmberechtigte wohnt und angemeldet ist. Fahrende stimmen in ihrer Heimatgemeinde (§ 3 Abs. 1 WAG). Wer statt des Heimatscheins einen anderen Ausweis (Heimatausweis, Interimschein usw.) hinterlegt, erwirbt nur politischen Wohnsitz, wenn sie oder er nachweist, dass sie oder er am Ort, wo der Heimatschein liegt, nicht im Stimmregister eingetragen ist (§ 3 Abs. 2 WAG).

4. Unvereinbarkeiten

4.1. Bundesrecht

Die Mitglieder des Nationalrats, **des Ständerats**, des Bundesrats sowie die Richterinnen und Richter des Bundesgerichts können nicht gleichzeitig einer anderen dieser Behörden angehören (Art. 144 Abs. 1 BV).

Weitere **Unvereinbarkeiten** sind in den Art. 14 und 15 des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG) vom 13. Dezember 2002 (SR 171.10) geregelt. Der Bundesversammlung dürfen **nicht** angehören:

- die von der Bundesversammlung gewählten oder bestätigten Personen (Art. 14 Bst. a ParlG);
- die nicht von der Bundesversammlung gewählten Richterinnen und Richter der eidgenössischen Gerichte (Art. 14 Bst. b ParlG);
- das Personal der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung, der Parlamentsdienste, der eidgenössischen Gerichte, des Sekretariats der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft, der Bundesanwaltschaft sowie die Mitglieder der ausserparlamentarischen Kommissionen mit Entscheidkompetenzen, sofern die spezialgesetzlichen Bestimmungen nichts anderes vorsehen (Art. 14 Bst. c ParlG);
- die Mitglieder der Armeeführung (Art. 14 Bst. d ParlG);
- die Mitglieder der geschäftsleitenden Organe von Organisationen oder von Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die nicht der Bundesverwaltung angehören und die mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, sofern dem Bund eine beherrschende Stellung zukommt (Art. 14 Bst. e ParlG);
- Personen, die den Bund in Organisationen oder Personen des öffentlichen oder privaten Rechts vertreten, die nicht der Bundesverwaltung angehören und die mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, sofern dem Bund eine beherrschende Stellung zukommt (Art. 14 Bst. f ParlG).

Vorgehensweise im Fall einer Unvereinbarkeit (Art. 15 ParlG):

- Tritt eine Unvereinbarkeit nach Artikel 14 Bst. a ParlG ein, so erklärt die betroffene Person, für welches der beiden Ämter sie sich entscheidet.
- Tritt eine Unvereinbarkeit nach Artikel 14 Bst. b–f ParlG ein, so scheidet die betroffene Person sechs Monate nach Feststellen der Unvereinbarkeit aus der Bundesversammlung aus, sofern sie die andere Funktion bis dahin nicht aufgegeben hat.

Besondere Aufmerksamkeit ist der **präzisen Berufsangabe** zu schenken, wenn Kandidatinnen oder Kandidaten gewählt sind, die **im Dienste des Bundes** arbeiten.

4.2. Kantonales Recht

In den eidgenössischen Räten dürfen keine Mitglieder des Regierungsrats sitzen (§ 45 Abs. 2 KV).

Wird entgegen § 45 Abs. 2 KV ein Mitglied des Regierungsrats in einen der eidgenössischen Räte oder ein Mitglied der eidgenössischen Räte in den Regierungsrat gewählt, erklärt es dem Regierungsrat innert vierzehn Tagen schriftlich, auf welches Amt es verzichtet. Verzichtet es auf das Amt der Ständerätin bzw. des Ständerats oder der Regierungsrätin bzw. des Regierungsrats, ordnet der Regierungsrat sofort eine Ergänzungswahl an. Das Mitglied darf das Amt, auf das es verzichtet, bis zur Übernahme des Amtes durch eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger ausüben (§ 41 Abs. 3 WAG).

5. Wahlanmeldeverfahren

Das Wahlanmeldeverfahren richtet sich nach den §§ 31–36a WAG.

5.1. Wahlanmeldeschluss

Sämtliche **Wahlvorschläge** für die Gesamterneuerungswahl des Ständerats vom 22. Oktober 2023 müssen **bis spätestens am Montag, 14. August 2023, 17.00 Uhr**, bei der Staatskanzlei eingereicht werden (**Wahlanmeldeschluss; § 31 Abs. 1 Bst. a WAG**).

Wahlvorschläge, die nach Montag, 14. August 2023, 17.00 Uhr, eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt.

5.2. Auflage der Wahlvorschläge

Die Wahlvorschläge liegen bei der Staatskanzlei **bis Mittwoch, 16. August 2023, 17.00 Uhr**, zur Einsicht auf. Bis zu diesem Zeitpunkt können Mängel der Wahlvorschläge geltend gemacht werden (§ 35 Abs. 1 WAG).

5.3. Inhalt der Wahlvorschläge

- Bei Majorzwahlen darf ein Wahlvorschlag nicht mehr Namen enthalten, als Mandate zu vergeben sind. Weitere Wahlvorschläge für gleiche Personen sind ungültig (kumulieren nicht gestattet; § 32a Abs. 1 WAG).
- Der Wahlvorschlag enthält eine allfällige Partei oder Gruppierung, die den Wahlvorschlag einreicht und auf dem Beiblatt gemäss § 39 Abs. 1a WAG aufzuführen ist (§ 32a Abs. 2 WAG).
- Jede vorgeschlagene Person muss unterschriftlich bestätigen, dass sie den Wahlvorschlag annimmt. Fehlt die Bestätigung, fällt der Wahlvorschlag dahin (§ 32a Abs. 3 WAG).

- Die Annahme des Wahlvorschlags kann nicht widerrufen werden (§ 32a Abs. 4 WAG).

5.4. Unterzeichnung der Wahlvorschläge

Jeder Wahlvorschlag muss **von mindestens zehn Stimmberechtigten des betreffenden Wahlkreises unterzeichnet** sein. Die Unterschrift kann nicht zurückgezogen werden (§ 33 Abs. 1 WAG).

Die erstunterzeichnende Person gilt als Vertreterin des betreffenden Wahlvorschlages, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes festgelegt wurde (§ 33 Abs. 2 WAG).

5.5. Eintrag im Stimmregister

Vor einer Abstimmung oder Wahl sind Eintragungen bis zum fünften Tag vor dem Abstimmungs- oder Wahltag vorzunehmen, wenn feststeht, dass die Voraussetzungen zur Teilnahme am Abstimmungstag erfüllt sind (§ 4 Abs. 4 WAG).

Die Unterzeichnenden der Wahlvorschläge müssen am Tag, an dem die Wahlvorschläge eingereicht werden, im Stimmregister eingetragen sein (vgl. § 41 Abs. 2 WAV; BGS 131.2).

5.6. Mehrfach Vorgeschlagene

Pro Person darf nur ein einziger Wahlvorschlag eingereicht werden. Weitere Wahlvorschläge für gleiche Personen sind ungültig (§ 32a Abs. 1 WAG).

5.7. Allfällige Ergänzung von Wahlvorschlägen

Ergänzungen von Wahlvorschlägen nach allfälliger amtlicher Streichung von Vorgeschlagenen können **bis Montag, 21. August 2023, 17.00 Uhr**, eingereicht werden (§ 56 Abs. 3a WAG).

5.8. Abschluss des Bereinigungsverfahrens

Das Bereinigungsverfahren ist am ersten Montag nach dem Wahlanmeldeschluss, 17.00 Uhr, somit am **Montag, 21. August 2023, 17.00 Uhr**, abgeschlossen (§ 36a Abs. 1 WAG). Nach Abschluss des Bereinigungsverfahrens kann kein Wahlvorschlag mehr geändert werden (§ 36a Abs. 2 WAG).

6. Publikation der bereinigten Wahlvorschläge

Nach Abschluss des Bereinigungsverfahrens (Montag, 21. August 2023, 17.00 Uhr) werden die bereinigten Wahlvorschläge im Amtsblatt vom 24. August 2023 publiziert (§ 37a Abs. 1 WAG).

7. Stille Wahl

Die **stille Wahl** ist möglich, wenn nicht mehr Kandidierende angemeldet werden, als Sitze zu vergeben sind (§ 40 Abs. 1 WAG). In diesen Fällen findet **kein Wahlgang** statt. Stattdessen erklärt bei kantonalen Wahlen der Regierungsrat, bei kommunalen Wahlen der Gemeinderat die so Vorgeschlagenen für gewählt, teilt ihnen die Wahl mit und veröffentlicht sie im Amtsblatt (§ 40 Abs. 2 WAG). Sind nach der stillen Wahl nicht alle Sitze besetzt, findet eine Ergänzungswahl statt (§ 40 Abs. 3 WAG).

8. Allfälliger zweiter Wahlgang im Majorzverfahren

Der Regierungsrat hat den allfälligen zweiten Wahlgang für den Ständerat mit Beschluss vom 31. Januar 2023 gestützt auf § 56 Abs. 3a WAG auf **Sonntag, 19. November 2023**, festgesetzt. Die Wahlvorschläge müssen **bis spätestens Dienstag, 24. Oktober 2023, 12.00 Uhr, bei der Staatskanzlei** eingereicht werden. Es können auch neue Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen werden.

9. Publikation der Wahlergebnisse

Alle Wahlergebnisse werden mit entsprechender Rechtsmittelbelehrung (vgl. nachfolgend Ziff. 17) im nächsten Amtsblatt nach dem Wahlakt veröffentlicht.

10. Grundsätze der Stimmabgabe

Die Stimmberechtigten können ihre Stimme entweder persönlich an der Urne oder brieflich abgeben. Es müssen die amtlichen Stimmzettel verwendet werden. Diese dürfen nur handschriftlich ausgefüllt werden (§ 10 WAG).

10.1. Persönliche Stimmabgabe an der Urne

Die Stimmberechtigten geben ihre Stimme **persönlich** in einem **Wahllokal** ihrer Wohngemeinde ab. In Gemeinden mit Nebenurnen steht es ihnen frei, an der Haupturne oder an einer Nebenurne zu stimmen. Die Stimmabgabe erfolgt während den ordentlichen Abstimmungszeiten. Wahllokale und Abstimmungszeiten sind auf dem Stimmrechtsausweis angegeben.

Für die Stimmabgabe an der Urne sind die Wahlzettel zu Hause **handschriftlich** auszufüllen. Nebst den handschriftlich ausgefüllten Wahlzetteln ist der Stimmrechtsausweis in das Wahllokal mitzubringen. Der Stimmrechtsausweis ist dem Urnenbüro abzugeben. Anschliessend sind die Wahlzettel mit der Rückseite nach oben dem Urnenbüro zum Stempeln vorzulegen. Nach dem Stempeln sind die Wahlzettel in die Urne zu werfen (§§ 10 und 11 WAG).

10.2. Briefliche Wahl

Jede stimmberechtigte Person kann ihre Stimme brieflich abgeben. Die briefliche Stimmabgabe ist sofort nach Erhalt des Wahlmaterials zulässig (§ 12 Abs. 1 WAG).

Für die briefliche Wahl sind die **Wahlzettel** von der stimmberechtigten Person **handschriftlich** auszufüllen. Die handschriftlich ausgefüllten Wahlzettel sind in das **Stimmzettelkuvert** zu legen. Das **Stimmzettelkuvert ist zu verschliessen (zukleben; nur so gültig)** und darf keine Angaben über die stimmberechtigte Person enthalten. Anschliessend ist das **verschlossene Stimmzettelkuvert** mit dem **unterschriebenen** Stimmrechtsausweis in das **amtliche Rücksendekuvert** zu legen. Bitte darauf achten, dass die Anschrift der Gemeinde korrekt im Zustellkuvert sichtbar ist. Das Rücksendekuvert (Zustellkuvert) ist zu **verschliessen**. Das **verschlossene** Zustellkuvert kann im In- oder Ausland der Post übergeben, in den Gemeindebriefkasten eingeworfen, durch die stimmberechtigte oder eine andere Person bei der Gemeindeganzlei abgegeben oder während den ordentlichen Abstimmungszeiten in ein Stimmlokal überbracht werden. Die Gemeinde trägt die Portokosten im Inland. Die Postaufgabe hat rechtzeitig zu erfolgen, so dass das Rücksendekuvert noch vor dem Abstimmungssonntag bei der Gemeindeganzlei eintrifft (§§ 12–14 WAG).

10.3. Stimmabgabe behinderter Menschen

Urteilsfähige Stimmberechtigte, die wegen einer Behinderung dauernd unfähig sind, die für die Stimmabgabe nötigen Handlungen selbst vorzunehmen, können ihr Stimmrecht mit Hilfe der Gemeindeganzleierin bzw. des Gemeindeganzleiers oder einer Stellvertretung ausüben. Ein entsprechendes Begehren ist bis spätestens zum drittletzten Tag vor dem Abstimmungssonntag einzureichen (§ 16 Abs. 1 WAG).

11. Gültig wählen

Die Wahlunterlagen enthalten unter anderem eine **visualisierte Wahlanleitung (Faltblatt)**. Darin wird beschrieben, wie gültig zu wählen ist.

12. Formulare für die Einreichung der Wahlvorschläge

Die Formulare für die Einreichung der Wahlvorschläge können auf der Website der Staatskanzlei heruntergeladen werden: www.zg.ch/wahlen-sr

Kontaktpersonen:

- Laurent Fankhauser, Leiter des Amtes Kanzlei (041 728 31 04; laurent.fankhauser@zg.ch)
- Herbert Fischer, stv. Leiter Dienste (041 728 31 37; herbert.fischer@zg.ch)

13. Neue Parteien und Gruppierungen

Parteien und Gruppierungen, die erstmals an den Wahlen teilnehmen, setzen sich bitte frühzeitig mit der Staatskanzlei in Verbindung.

Kontaktpersonen:

- Tobias Moser, Landschreiber (Tel. 041 728 31 10; tobias.moser@zg.ch)

— Peter Giss, Rechtsdienst (Tel. 041 728 31 41; peter.giss@zg.ch)

14. Versand von Wahlprospekten durch die Gemeinden

Hinsichtlich eines allfälligen gemeinsamen Wahlprospektversands werden sich die Gemeinden mit den Parteien und Gruppierungen in Verbindung setzen oder den Wahlprospektversand im Amtsblatt ausschreiben.

15. Strafbestimmung

Nach Artikel 282^{bis} des Schweizerischen Strafgesetzbuches (SR 311.0) macht sich strafbar, wer Wahl- oder Stimmzettel planmässig einsammelt, ausfüllt oder ändert oder wer derartige Wahl- oder Stimmzettel verteilt.

16. Transparenz bei der Politikfinanzierung bei Wahlkampagnen für den Ständerat

Für die Ständeratswahlen (und die Nationalwahlen) kommen 2023 **erstmalig** Regelungen betreffend Transparenz bei der Politikfinanzierung zur Anwendung. Die entsprechenden Regelungen finden sich in **Art. 76b – 76k des Bundesgesetzes über die politischen Rechte** (BPR; SR 161.1) sowie in der neuen **Bundesverordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung (VPofi)** vom 24. August 2022 (SR 161.18). Weitere Informationen, insbes. auch Kontaktinformationen, finden Sie auch unter folgendem Link:

<https://www.ch.ch/de/wahlen2023/politikfinanzierung/transparenz-bei-der-politikfinanzierung/>

17. Rechtsmittelbelehrung

Gestützt auf § 67 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG; BGS 131.1) vom 28. September 2006 kann wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am zehnten Tag nach der amtlichen Veröffentlichung der Ergebnisse im Amtsblatt, einzureichen (§ 67 Abs. 2 Satz 1 WAG). Bei einem zweiten Wahlgang für die Wahl der Mitglieder des Ständerats beträgt die Beschwerdefrist drei Tage (§ 67 Abs. 2 Satz 2 WAG). Bei Abstimmungs- und Wahlbeschwerden ist ausserdem glaubhaft zu machen, dass die behaupteten Unregelmässigkeiten nach Art und Umfang geeignet waren, das Abstimmungs- oder Wahlergebnis wesentlich zu beeinflussen (§ 68 Abs. 2 WAG). Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 67 Abs. 3 WAG).